# SPARKULTUR

# STREICHKONZERT STATT STREICHERKONZERTE!

VON ROLF KELLER

Landauf, landab proklamieren jetzt Kantone und Städte ihre «Sparkultur». Und besetzen damit einen Begriff, der traditionell die gute alte Bürgertugend meinte, haushälterisch mit dem Ersparten umzugehen. Schlagzeilen der letzten Monate wie «Sparkultur droht vor die Hunde zu gehen» oder «Die Sparkultur stirbt scheibchenweise» warnen vor dem Phänomen, dass die Leute vor lauter Tief- oder Negativzinsen das Sparsäuli und das Sparbüechli missachten und das Geld, das nichts abwirft, gedankenlos verjubeln.

Die «neue» Sparkultur hingegen ist ein Euphemismus, mit dem den Bürgerinnen und Bürgern die unpopulären «Bitte die Gürtel enger schnallen!»-Parolen schmackhafter gemacht werden sollen, ganz im Stil der Werbeindustrie, die das positiv konnotierte Wort Kultur schon lange inflationär für ihre propagandistischen Zwecke einsetzt: der schnittige Wagen bietet Fahrkultur, das Möbelhaus Wohnkultur und die Gourmet-Beiz Esskultur.

Nun ist natürlich der sparsame Einsatz von Finanzen, zumal wenn es sich um Steuergelder handelt, durchaus tugendhaft. Was den Kulturbereich betrifft, so haben Kulturmanagerinnen aller Sparten – in Projekten und Institutionen, ob als Veranstalter oder auch als Förderer in den staatlichen Verwaltungen und in Stiftungen – denn auch längst gelernt, knappe Ressourcen effizient und effektiv einzusetzen, also so, dass Aufwand und Ertrag in einem optimalen Verhältnis stehen und die Mittel grösstmögliche Wirkung erzielen. (Dieser Professionalisierungsschub setzte in den 1990er-Jahren ein, als sich die Schere zwischen der steigenden Kulturproduktion einerseits und den stagnierenden oder sinkenden öffentlichen Mitteln andererseits dafür immer weiter öffnete.) Doch auch das seriöseste Management stösst mit allzu knapper finanzieller Ausstattung an eine kritische Grenze, unterhalb derer beim besten Willen keine befriedigenden Resultate mehr zu erzielen sind.

Klar, wir geniessen hierzulande ein reiches Kulturleben, und die Welt verdüstert sich nicht, wenn da ein Klassikfestival und dort ein Rockkonzert ausfällt. Vieles trägt sich finanziell ohnehin selbst, weil es im kommerziellen Mainstream mitschwimmt, und also von keiner staatlichen Sparkultur tangiert wird. Aber für feste Theater, ständige Orchester oder auch regionale Kulturveranstalter, die das Dorfleben kulturell bereichern, bilden Eintrittspreise allein keine Existenzbasis. Vom Abbau staatlicher Leistungen betroffen ist somit meist genau das, was die vom gleichen Staat eingesetzten Fördergremien als qualitativ besonders wertvoll eingestuft haben und also mit Steuergeld unterstützen möchten.

Was also tun die gewitzte Museumsdirektorin, der Theaterleiter, die Galeriebesitzerin, der Kulturmanager im Mehrspartenhaus, wenn ihre Fördermittel zusammengestrichen werden?

Die Optionen liegen auf der Hand:

- Anderswo zusätzliche Mittel beschaffen – *nur: Sponsoren sind in wirtschaftlich angespannteren Zeiten keine langfristig verlässlichen Partner, und Stiftungen leiden genauso unter tiefen Kapitalzinsen wie alle andern. Und das neue Zauberwort Crowdfunding? Dieses wird jedenfalls dort hoffnungslos überschätzt, wo es nicht einfach um einmalige Projekte geht, sondern um kontinuierliche Trägerschaften, denn Kunsthäuser, Museen, Theater, Orchester könnten sich mit Crowdfunding nicht lange über Wasser halten!*
- Am Programm Abstriche machen: weniger Vorstellungen im Theater, weniger Ausstellungen im Kunstraum; oder leichtere Kost bieten: mehr Gefälliges, billigere Solisten im Orchester – *nur: Das geht auf Kosten der Qualität, der inhaltlichen Substanz. Auf Dauer ist damit kein Publikum zu binden.*
- Die Eintrittspreise erhöhen – *nur: Wollte die Kulturpolitik nicht den Zugang der Bevölkerung zur Kultur erleichtern, die Schwellen niedrig halten?*
- Auf Werbung verzichten – *nur: Dann landet das Publikum einfach bei der Konkurrenz, und der eigene Ertrag sinkt weiter.*
- Mitarbeitende entlassen oder schlechter entlöhnen und vermehrt Freiwillige einsetzen – *nur: Sollen die Professionellen, Wohlausgebildeten bestraft werden und den Staat über die Sozialhilfe Geld kosten statt über das Kulturbudget?*
- Überhaupt den Bettel hinwerfen – *nur: Siehe letzter Punkt.*

Lauter wenig erfreuliche Szenarien mit dubiosen Erfolgsaussichten, die sicher keine Therapie für das grundlegende Problem sind. Vielleicht müssten die Kulturmanagerinnen und -manager, einschliesslich der Förderer, ihren Fokus auf eine andere ihrer Kernkompetenzen legen, nämlich auf die Kommunikation, und der Sparwut damit an ihrer Wurzel entgegentreten.

Sie müssten der Politik und den Steuerzahlern überzeugend darlegen, weshalb Gelder für Kultur Investitionen in eine wetterfeste Fortentwicklung der Gemeinschaft sind und deren Zusammenhalt fördern.

Sie müssten das Bewusstsein in der Öffentlichkeit schärfen für die Folgen einer inzwischen das ganze gesellschaftliche Leben durchdringenden Ökonomisierung, die gleichsam als Naturgesetz akzeptiert wird und die zu einem Röhrenblick führt, der nur noch wirtschaftliche Kriterien wahrnimmt. «Die Tatsache, dass (…) öffentliche Schulen verrotten (…) und Spitäler nach ökonomischen Richtlinien geführt werden, hätte vor dreissig Jahren zu Protesten geführt. Heute wird das schweigend hingenommen», schrieb Axel Honneth, Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, unlängst im Zürcher «Tages-Anzeiger».

Sie müssten darauf hinweisen, dass eine Gesellschaft sich zu entscheiden habe, ob sie auch in der Kultur eine Grundversorgung für alle sicherstellen wolle, wie sie im Strassenbau oder im Gesundheitswesen selbstverständlich ist.

Sie müssten daran erinnern, dass Politik gestalten soll. Also zum Beispiel einen tragfähigen Konsens zu erarbeiten hätte darüber, wo im Interesse einer florierenden Zukunft des Staatswesens Prioritäten zu setzen sind und wo allenfalls auf etwas verzichtet werden kann. Mit dem Schlagwort der Opfersymmetrie («Alle müssen ihren Beitrag leisten!») tut sie dies nicht: Der Rasenmäher taugt nicht zum Frisieren des Staatsbudgets.

Und endlich müssten die Kulturmanager und alle anderen, die sich für einen lebendigen Kulturkanton engagieren, mit Nachdruck in Erinnerung rufen, dass die Verfassung als oberstes Staatsziel nicht ein ausgeglichenes Budget definiert – so wenig natürlich gegen ein solches einzuwenden ist –, sondern die Wohlfahrt der Bevölkerung dieses Kantons.

Rolf Keller ist Präsident des Aargauer Kuratoriums und ehemaliger Leiter des Studienzentrums Kulturmanagement Universität Basel.